ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gern, Klaus-Jürgen; Hauber, Philipp; Kooths, Stefan; Stolzenburg, Ulrich

Article

Weltkonjunktur im Winter 2016 - Weltkonjunktur expandiert allmählich etwas stärker

Kieler Konjunkturberichte, No. 25

Provided in Cooperation with:
Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Gern, Klaus-Jürgen; Hauber, Philipp; Kooths, Stefan; Stolzenburg, Ulrich (2016) : Weltkonjunktur im Winter 2016 - Weltkonjunktur expandiert allmählich etwas stärker, Kieler Konjunkturberichte, No. 25, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/209437

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ifw KIEL INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT

KIELER KONJUNKTUR-BERICHTE

Weltkonjunktur im Winter 2016

Abgeschlossen am 14. Dezember 2016

Nr. 25 (2016|Q4)

Klaus-Jürgen Gern, Philipp Hauber, Stefan Kooths und Ulrich Stolzenburg

Prognosezentrum

WELTKONJUNKTUR EXPANDIERT ALLMÄHLICH ETWAS STÄRKER

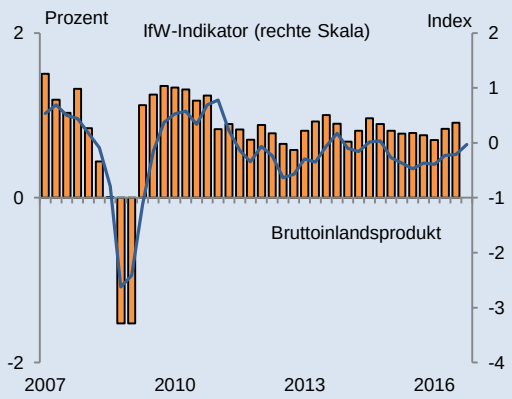
Klaus-Jürgen Gern, Philipp Hauber, Stefan Kooths und Ulrich Stolzenburg

Die Weltwirtschaft hat die konjunkturelle Talsohle im Verlauf des Jahres 2016 durchschritten. Der Anstieg der Weltproduktion, gerechnet auf Basis von Kaufkraftparitäten, wird sich in den kommenden beiden Jahren auf 3,5 Prozent bzw. 3,6 Prozent erhöhen, nach 3,1 Prozent in diesem Jahr. Damit haben wir unsere Prognose vom September nicht nennenswert verändert. Der Aufschwung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird sich in leicht verstärktem Tempo fortsetzen. Anregend wirken die insgesamt weiter expansive Geldpolitik sowie zunehmend – und nicht zuletzt in den Vereinigten Staaten – auch Impulse von der Finanzpolitik sowie eine allmähliche Beschleunigung des Lohnanstiegs. Dem steht allerdings entgegen, dass die Kaufkraft nicht weiter durch sinkende Energiekosten erhöht wird. Einen deutlichen Anstieg des Ölpreises erwarten wir trotz des OPEC-Beschlusses zur Senkung der Fördermengen nicht, da die angekündigten Produktionskürzungen voraussichtlich nicht in vollem Umfang umgesetzt werden und das Angebot am Ölmarkt noch geraume Zeit reichlich bleiben dürfte. Die wirtschaftliche Expansion in den Schwellenländern dürfte sich im Prognosezeitraum allmählich beleben, aber angesichts weiterhin relativ niedriger Rohstoffpreise und vielfach ungelöster struktureller Probleme keine große Dynamik entfalten.

Kasten 1:
Zur Entscheidung der OPEC, erneut Förderquoten einzuführen und die Ölproduktion zu reduzieren (S. 12)

Die Expansion der Weltwirtschaft war im Jahr 2016 schwach, hat sich aber zuletzt leicht beschleunigt. Die Weltkonjunktur, die im Winterhalbjahr 2015/16 deutlich an Schwung verloren hatte, gewann nach der Jahresmitte merklich an Fahrt (Abbildung 1). Mit einer Rate von 0,9 Prozent war die Zuwachsrate im dritten Quartal sogar die höchste seit zweieinhalb Jahren. Wesentlich war hierfür ein Anziehen der Produktion in den Vereinigten Staaten. Aber auch in den Schwellenländern verbesserte sich die Lage. So expandierte die chinesische Wirtschaft im Sommerhalbjahr wieder deutlich kräftiger als zuvor, und das Tempo des Rückgangs der Produktion in Russland schwächte sich merklich ab. Für das vierte Quartal 2016 signalisiert der IfW-Indikator für die weltwirtschaftliche Aktivität, der auf der Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern berechnet wird, eine weitere Beschleunigung der Konjunktur.

Abbildung 1:
Weltwirtschaftliche Aktivität 2007–2016

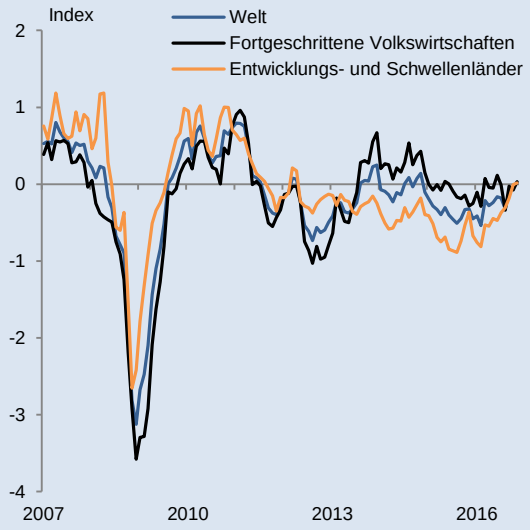


Quartalsdaten; saisonbereinigt; Indikator berechnet auf Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern; Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Quellen; eigene Berechnungen.

Dabei haben sich die wirtschaftlichen Erwartungen zuletzt vor allem in den Schwellenländern deutlich aufgehellt (Abbildung 2). Für das Jahr 2016 insgesamt ist gleichwohl lediglich mit einem Zuwachs der Weltproduktion von 3,1 Prozent zu rechnen. Dies ist nochmals etwas weniger als im bereits schwachen Vorjahr und der geringste Anstieg seit dem Krisenjahr 2009.

Abbildung 2:
Wirtschaftsklima nach Ländergruppen 2007–2016



Monatsdaten, saisonbereinigt; teilweise geschätzt; auf der Basis der im IfW-Indikator enthaltenen Stimmungsindikatoren für 42 Länder (34 fortgeschrittene Volkswirtschaften und 8 Schwellenländer).

Quelle: OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Quellen; eigene Berechnungen.

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften beschleunigte sich der Produktionsanstieg im Sommer, die konjunkturelle Dynamik ist insgesamt aber weiterhin moderat. In den Vereinigten Staaten erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal um reichlich 0,8 Prozent. Dieser recht kräftige Zuwachs folgte allerdings einer sehr verhaltenen Expansion im ersten Halbjahr. Maßgeblich für die Beschleunigung war zum einen ein Umschwung bei den Lagerinvestitionen: Nachdem die Läger fünf Quartale in Folge in teils beträchtlichem Umfang reduziert worden waren, wurden sie im dritten Quartal aufgestockt. Zum anderen nahmen die Exporte kräftig zu (2,5 Prozent gegenüber dem Vorquartal), was allerdings wohl auch Sonderfaktoren zu verdanken war.[1] Der private Verbrauch expandierte weiter kräftig und blieb eine wesentliche Stütze der Konjunktur. Hingegen neigten die Unternehmensinvestitionen bis zuletzt zur Schwäche. Für das vierte Quartal signalisieren Kurzfristprognosemodelle eine abermals deutliche, wenngleich im Vergleich zum Vorquartal etwas geringere Expansion des US-Bruttoinlandsprodukts. In Japan erhöhte sich im dritten Quartal die gesamtwirtschaftliche Produktion mit 0,3 Prozent etwas stärker als im Frühjahr, was rechnerisch zur Gänze auf eine Zunahme des Außenbeitrags zurückzuführen war. Trotz der vorangegangenen beträchtlichen Aufwertung des Yen legten die Exporte um 1,6 Prozent zu, wobei vor allem die Ausfuhr in den asiatischen Raum deutlich ausgeweitet wurde. Die inländische Verwendung stagnierte hingegen. Während die heimische Absorption in Japan seit mehr als zwei Jahren tendenziell langsamer expandiert als die gesamtwirtschaftliche Produktion, ging die inzwischen drei Jahre dauernde moderate konjunkturelle Expansion im Euroraum mit einem leicht negativen außenwirtschaftlichen Expansionsbeitrag einher. Im dritten Quartal war der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 0,3 Prozent ganz überwiegend auf inländische Verwendungskomponenten, insbesondere den privaten und den staatlichen Konsum, zurückzuführen. Regional betrachtet stand die wirtschaftliche Expansion im Euroraum zuletzt auf einer breiten Basis, da die Wirtschaftsleistung in sämtlichen Ländern des Währungsraumes zulegte. Sie fiel gerade in Ländern mit relativ großen wirtschaftlichen Problemen überdurchschnittlich aus (Portugal und Griechenland mit jeweils 0,8 Prozent) oder war stärker als erwartet (Italien mit 0,3 Prozent). Die britische Wirtschaft expandierte im dritten Quartal ungeachtet der Entscheidung für einen Austritt des Landes aus der Europäischen Union mit 0,5 Prozent weiterhin recht kräftig. Sowohl privater Konsum und Unternehmensinvestitionen als auch die Exporte legten deutlich zu. Allerdings spricht einiges dafür,

[1] Ein wesentlicher Faktor war dabei offenbar ein starker Anstieg der Sojaexporte nach Südamerika, wo es aufgrund von schlechten Ernten zu Angebotsengpässen gekommen war (Setser 2016 und Deutsche Bundesbank 2016).

dass sich das Tempo der Expansion gegen Ende des Jahres verringert hat.

Die Wirtschaft in den Schwellenländern expandierte zuletzt insgesamt wieder stärker, in einzelnen Ländern sind die Probleme aber nach wie vor groß. Die Konjunktur in den Schwellenländern hatte sich im Verlauf des vergangenen Jahres stark abgeschwächt und war ohne Schwung in das Jahr 2016 gestartet. Im Sommerhalbjahr erhöhte sich die wirtschaftliche Dynamik aber wieder. Vor allem in China nahm das Bruttoinlandsprodukt dank einer expansiven Wirtschaftspolitik wieder stärker zu. Das Expansionsziel der Regierung von 6,5 Prozent dürfte im zu Ende gehenden Jahr leicht überschritten werden. Auch in den Schwellenländern Südostasiens setzte sich die Expansion im dritten Quartal zumeist auf erhöhtem Niveau fort. In Indien wurde hingegen im dritten Quartal erneut ein kräftiger Produktionsanstieg ausgewiesen (7,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal). Allerdings dürfte die im November eingeleitete Bargeldreform die wirtschaftliche Aktivität gegen Jahresende empfindlich beeinträchtigt haben. In Lateinamerika ist das Bild differenziert. Während die Wirtschaft in Mexiko und den Andenstaaten deutlich expandierte, verharrten Brasilien, Argentinien und Venezuela in der Rezession. In Brasilien hat sich die Stimmung bei Verbrauchern und Unternehmen seit dem Amtsenthebungsverfahren gegen Präsidentin Roussef zwar merklich verbessert. Bislang schlägt sich dies jedoch noch nicht in realwirtschaftlichen Indikatoren nieder. Im Gegenteil: Das Bruttoinlandsprodukt verzeichnete im dritten Quartal einen stärkeren Rückgang (0,8 Prozent gegenüber der Vorperiode) als zuvor, vor allem weil die Investitionen erneut kräftig sanken. Auch für das laufende Quartal ist keine wesentliche Besserung in Sicht: die Industrieproduktion sank im Oktober erneut kräftig; die Arbeitslosenquote verharrte bei 11,8 Prozent. In Russland hat sich die Produktion offenbar stabilisiert, nachdem sie bis zum Frühjahr stark gesunken war. Regelrecht eingebrochen ist hingegen die wirtschaftliche Aktivität im dritten Quartal in der Türkei. Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte angesichts der gestiegenen politischen Unsicherheit, die nicht zuletzt zu einem starken Rückgang im Tourismus führte, um 1,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, nachdem im zweiten Quartal noch ein Zuwachs von 3,1 Prozent ausgewiesen worden war.

Weltkonjunktur im Umfeld wirtschaftspolitischer Unwägbarkeiten

Die Auswirkungen des Wechsels im US-Präsidentenamt auf die Konjunktur sind derzeit noch schwer abzuschätzen, kurzfristig könnte eine expansivere Finanzpolitik anregend wirken. Das Wahlprogramm des neu gewählten Präsidenten Donald Trump war hinsichtlich der Wirtschaftspolitik weitgehend unspezifisch und inkonsistent. Ankündigungen und erste Äußerungen nach der Wahl lassen aber als Grundton eine expansivere Finanzpolitik erwarten. So wurden Steuersenkungen in beträchtlichem Ausmaß (Einkommensteuer und Körperschaftsteuer) und umfangreiche Ausgabenprogramme (insbesondere für Investitionen und Rüstung) versprochen. Der Anstieg der Aktienkurse in den Vereinigten Staaten in den Wochen nach der Wahl auf neue Rekordstände spiegelt wohl auch die Erwartung beträchtlicher fiskalischer Impulse wider.

Der konjunkturelle Effekt könnte freilich kleiner ausfallen als vielfach geschätzt. Die OECD (2016: 18-20) analysiert mit dem makroökonometrischen Weltmodell NiGEM die Wirkung eines fiskalischen Stimulus in den Vereinigten Staaten auf die US-Wirtschaft und die weltwirtschaftliche Aktivität. Sie unterstellt dabei einen Impuls durch eine Kombination von zusätzlichen Ausgaben und Steuersenkungen in Höhe von ¾ Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2017 und 1 ½ Prozent im Jahr 2018. Demnach erhöht sich das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Basisszenario in den Vereinigten Staaten im Jahr 2017 um 0,4 Prozent und im Jahr 2018 um 0,8 Prozent, die Weltproduktion würde infolge zusätzlichen Nachfrage in den Vereinigten Staaten um 0,1 bzw. 0,3 Prozent steigen. Das Ergebnis wird allerdings wesentlich von den Modellannahmen über die Erwartungsbildung

geprägt. Um dies zu veranschaulichen, haben wir in NiGEM ein von Umfang und Struktur her ähnliches Szenario implementiert und sowohl mit adaptiven als auch rationalen Erwartungen gelöst. In letzterem Fall nehmen wir zusätzlich an, dass die in NiGEM eingebaute Solvenzregel für den Staatssektor nur für drei Jahre außer Kraft gesetzt wird; danach kommt es zu Steuererhöhungen, um die Staatsschuld mittelfristig zu stabilisieren. Anders als bei adaptiven Erwartungen wird bei rationalen Erwartungen die Aussicht auf höhere Abgaben in der Zukunft bereits in der Ausgabenplanung berücksichtigt und beeinflusst heutige Entscheidungen der Wirtschaftsakteure. Dies führt dazu, dass die Fiskalmultiplikatoren bei rationalen Erwartungen geringer ausfallen als bei adaptiven Erwartungen (Cogan et al. 2009) und die Produktion in Reaktion auf den fiskalischen Stimulus deutlich schwächer steigt (Tabelle 1). Während wir im Szenario mit adaptiven Erwartungen von festen Wechselkursen ausgehen, kommt es bei rationalen Erwartungen zu einer Aufwertung des Dollar, die für sich genommen den Anstieg der Exporte mindert und den der Importe erhöht, so dass die Produktion in den Vereinigten Staaten im Szenario mit rationalen Erwartungen schwächer steigt. Abgesehen von diesen methodischen Aspekten stellt sich die Frage, in welchem Umfang die US-Wirtschaft Kapazitäten mobilisieren kann, um einer höheren Nachfrage gerecht zu werden (Jannsen und Wolters 2016: IfW-Box 2016.2). Die Arbeitslosigkeit ist im November auf 4,6 Prozent gesunken und damit nicht mehr weit von ihrem vor der Finanzkrise verzeichneten Tiefstand entfernt. Zudem will die Regierung Trump offenbar verstärkt illegale Immigranten ausweisen, was das Arbeitskräftepotenzial am Arbeitsmarkt weiter reduzieren würde. Die Inflationsrate hat sich zuletzt zwar vor allem wegen der wieder gestiegenen Ölpreise erhöht, die Kernrate der Inflation liegt aber bereits bei etwas über 2 Prozent, und ein Anziehen des Preisauftriebs würde wohl zu einer raschen Reaktion der Notenbank führen oder über eine stärkere reale Aufwertung die Nachfragewirkung des Fiskalprogramms reduzieren.

Tabelle 1:
Auswirkungen einer fiskalpolitischen Expansion in den Vereinigten Staaten 2017–2018

Erwartungen	Rational		Adaptiv	
	2017	2018	2017	2018
BIP	0,2	0,5	0,3	0,9
Privater Verbrauch	0,1	0,4	0,1	0,6
Investitionen	0,7	1,6	1,4	3,7
Exporte	0,0	-0,2	0,2	0,4
Importe	0,6	1,2	0,9	1,9
NEER	0,4	0,7	0,0	0,0

Abweichung gegenüber der Basislösung (in Prozent) in Reaktion auf einen fiskalpolitischen Schock in Höhe von 0,75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (2017) bzw. 1,5 Prozent (2018).

Quelle: Eigene Berechnungen mit NiGEM.

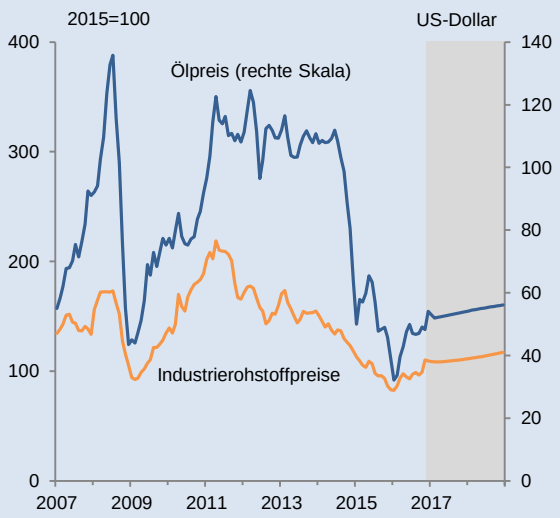
Protektionismus und institutionelle Unsicherheit würden die wirtschaftlichen Aussichten in den Vereinigten Staaten auf mittlere Sicht beeinträchtigen. Auf der Basis der im Wahlkampf gemachten Äußerungen muss davon ausgegangen werden, dass die neue Regierung einer weiteren Intensivierung des internationalen Handels kritisch gegenüber steht. Sie will das ausverhandelte regionale Handelsabkommen mit den Pazifik-Anrainerstaaten TPP nicht ratifizieren und die Aussichten auf einen erfolgreichen Abschluss des auch auf europäischer Seite kontrovers diskutierten weitreichenden Freihandels- und Investitionsschutzabkommens TTIP ist in weite Ferne gerückt. Zudem scheint die neue Administration handelsbeschränkende Maßnahmen zum Schutz heimischer Industrien, auch über die in der internationalen Handelsordnung vorgesehenen Anti-Dumping-Zölle hinaus, und Subventionen zur Vermeidung der Verlagerung von Produktion an kostengünstigere Standorte im Ausland als Mittel der Wirtschaftspolitik nutzen zu wollen. Außenhandel setzt zwar die heimische Wirtschaft unter zusätzlichen Wettbewerbsdruck und führt zu Strukturwandel, der sozial bewältigt werden muss. Er ist aber gleichzeitig ein Motor der Produktivitätsentwicklung, erschließt zusätzliche Konsummöglichkeiten auch für die Bezieher niedriger Einkommen und bildet damit eine wichtige Säule des Wirtschaftswachstums. Eine protektionistische Politik reduziert damit die Wachstumsmöglichkeiten der US-Wirtschaft in der mittleren Frist. Darüber hinaus wirken Subventionen wachstumsschädlich, wenn sie den marktwirtschaftlichen Ordnungs-

rahmen beschädigen würden, etwa dadurch, dass sie intransparent und fallweise an Industrien oder Unternehmen vergeben werden, wodurch nicht zuletzt auch die Anreize zum Rentseeking zusätzlich verstärkt werden.

Die negativen Auswirkungen der Entscheidung für den Brexit sind kurzfristig offenbar geringer als erwartet, auf längere Sicht bleibt die Unsicherheit groß. Die Konjunktur im Vereinigten Königreich hat sich nach dem Schock des Votums für einen Austritt aus der EU bislang überraschend robust gezeigt. Die Vertrauensindikatoren, die unmittelbar nach dem Referendum eingebrochen waren, haben sich erholt, die Aktienkurse liegen sogar deutlich über ihrem Niveau zur Jahresmitte, selbst wenn man die Bewertung in Euro berechnet. Hierzu haben wohl die Lockerung der Geldpolitik und die Aussicht auf eine temporäre Abkehr vom Konsolidierungskurs in der Finanzpolitik beigetragen. Gestützt wurde die Produktion auch dadurch, dass inländische Produzenten infolge der kräftigen Abwertung des Pfund Sterling an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gewannen. Dennoch ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe bis zuletzt deutlich gesunken. Auch sind die Unternehmen bei Neueinstellungen offenbar vorsichtiger geworden: Der Beschäftigungsanstieg hat sich in den Monaten nach der Brexit-Entscheidung deutlich verlangsamt. Nach wie vor ist die zukünftige Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zur EU (und damit verbunden über die Freiheitsgrade in den Beziehungen zur übrigen Welt) unklar. Wichtig wird sein, ob es dem Vereinigten Königreich gelingt, mit der EU ein kooperatives Verhältnis aufzubauen, das die Beschränkungen im Austausch von Waren, Dienstleistungen, aber auch Arbeitskräften so gering hält wie möglich (Kooths 2016). Eine Politik aggressiven Steuerwettbewerbs durch die britische Regierung, um auf Kosten der EU multinationale Unternehmen anzulocken, wäre diesem Ziel abträglich.

Der Beschluss der OPEC, die Ölförderung zu verringern, stützt den Ölpreis, wird aber wohl nicht vollständig umgesetzt werden. Der Ölpreis ist Anfang Dezember kräftig gestiegen, nachdem die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) sich auf länderspezifische Quoten verständigt hatte, mit denen die bereits Ende September angekündigte Reduzierung der Fördermengen umgesetzt werden soll. Zuletzt gab die Nachricht, dass auch wichtige Produzentenländer, die nicht der OPEC angehören, allen voran Russland, ihre Produktion in erheblichem Umfang kürzen wollen, dem Ölpreis nochmals Schub. Am 12. Dezember notierte Rohöl der Sorte Brent am Spotmarkt bei 57 US-Dollar, rund 10 Dollar bzw. 20 Prozent höher als drei Monate zuvor (Abbildung 3). Die Preise für Industrierohstoffe, die sich im Frühjahr im Einklang mit dem Ölpreis von den zu Jahresbeginn erreichten Tiefständen erholt hatten, zogen im November ebenfalls kräftig an. Dies spricht dafür, dass das höhere Niveau des Ölpreises nicht nur angebotsgetrieben ist, sondern auch die Erwartung einer weiteren Belebung der Weltkonjunktur reflektiert. Insofern sind die dämpfenden Effekte, die von dem Anstieg des Ölpreises auf die Produktion in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ausgehen, vermutlich nicht gravierend.[2] Wir rechnen allerdings damit, dass es wie in der Vergangenheit nicht

Abbildung 3:
Rohstoffpreise 2007–2018



Monatsdaten; Rohstoffpreise: HWWI-Index für Industrierostoffe auf US-Dollarbasis; Ölpreis: Spotpreis Sorte Brent.

Quelle: International Petroleum Exchange via Thomson Financial Datastream; HWWI, *Rohstoffpreisindex*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

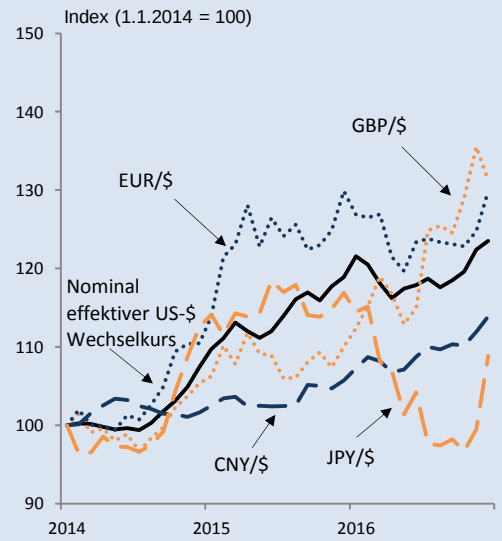
[2] Maßgeblich für die konjunkturelle Wirkung von Ölpreisänderungen auf die Konjunktur sind die zugrundeliegenden Ursachen. Vgl. hierzu Jannsen und Plödt 2016: IfW-Box 2016.1.

gelingen wird, die vereinbarten Fördermengen durchzusetzen und der Ölpreis in den kommenden Monaten wieder spürbar sinken wird, wenn sich zeigt, dass das Ölangebot am Weltmarkt weiterhin reichlich ist (Kasten 1). Daher haben wir unsere Annahme für den Ölpreis nur leicht angehoben. Für den Jahresdurchschnitt 2017 und 2018 ergibt sich bei diesen Annahmen ein Ölpreis von 53 bzw. 55 Dollar je Barrel, nach 45 Dollar im Jahr 2016.

Die Geldpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften driftet weiter auseinander: Zinsanstieg in den Vereinigten Staaten – fortgesetzte Niedrigzinspolitik in Europa und Japan. Die US-Notenbank hat ihre mehrfach verschobene zweite Zinsanhebung am 12. Dezember vollzogen. Hintergrund waren zum einen verbesserte Konjunkturdaten, zum anderen die Befürchtung, dass sich die Inflationserwartungen erhöhen könnten als Folge eines von den Märkten antizipierten fiskalischen Stimulus durch die neue Regierung. So erhöhten sich die Renditen auf zehnjährige US-Staatsanleihen nach der Präsidentschaftswahl sprunghaft um 0,6 Prozentpunkte auf zuletzt 2,4 Prozent. Wir rechnen damit, dass die Notenbankzinsen allmählich weiter angehoben werden und die Untergrenze des Zielbandes für die Federal Funds Rate am Ende des Prognosezeitraums bei 1,5 Prozent liegen wird. Der Anstieg der Leitzinsen ist damit freilich nur wenig stärker als der Anstieg der Inflation, den wir für die kommenden zwei Jahre erwarten, und der Realzins bleibt deutlich negativ, so dass die Geldpolitik in den Vereinigten Staaten auch in den kommenden beiden Jahren die Konjunktur anregen dürfte. Anders als in den Vereinigten Staaten dürfte die Inflation in Japan und im Euroraum auf absehbare Zeit noch deutlich unter dem Ziel der Notenbank liegen. Vor dem Hintergrund einer weiter nur moderaten konjunkturellen Expansion rechnen wir für diese Regionen nicht mit Zinserhöhungen im Prognosezeitraum. Die Bank von Japan sucht vielmehr weiter nach Wegen, die Inflationsdynamik zu erhöhen. Obwohl die massiven Wertpapierkäufe der vergangenen drei Jahre bislang keinen nachhaltigen Erfolg gebracht haben, wird sie ihre Politik aggressiver geldpolitischer Expansion bis auf Weiteres fortsetzen. Die EZB hat ihre monatlichen Wertpapierkäufe lediglich leicht verringert und das Programm um neun Monate verlängert.

Die unterschiedlichen Perspektiven für Konjunktur und Geldpolitik spiegeln sich in einer Aufwertung des US-Dollar. Der Wechselkurs des US-Dollar ist seit Ende 2014, als die US-Notenbank ihr Wertpapierkaufprogramm beendet hatte und die Finanzmärkte begannen, eine baldige Abkehr von der Nullzinspolitik einzupreisen, stark gestiegen. Nominal und effektiv beläuft sich die Aufwertung inzwischen auf mehr als 20 Prozent (Abbildung 4). In den vergangenen Wochen kam es infolge der Erwartung, dass der Regierungswechsel in den Vereinigten Staaten zu einer Vergrößerung des Konjunkturgefälles und der internationalen Zinsdifferenzen führen wird, zu einem neuerlichen Aufwertungsschub. Besonders stark erhöhte sich dabei der Wechselkurs zum japanischen Yen, der bis zum Herbst im Verlauf des 2016 stark an Wert gewonnen hatte. Deutlich abgewertet hat gegenüber dem Dollar zuletzt auch der chinesische Yuan. Dies reflektiert aber weniger eine dezidierte Politik der chinesischen Regierung, die eigene Währung etwa zur Stützung der heimischen Exportwirtschaft zu schwächen, als die Stärke

Abbildung 4:
USA: Nominale Wechselkurse 2014–2016



Tagesdaten.

Quelle: Federal Reserve über Thomson Reuters Datastream.

des Dollar. Der Wechselkurs des Yuan gegenüber dem Währungskorb, der als Referenz für die Wechselkursentwicklung der chinesischen Währung dient, veränderte sich kaum. Die Aufwertung des Dollar mindert den Inflationsdruck in den Vereinigten Staaten und damit das Ausmaß der zur Wahrung des Stabilitätsziels der Fed notwendigen Zinserhöhungen. Gleichzeitig vermindert sich allerdings die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von US-Produzenten, was dem Ziel der neuen Regierung zuwiderläuft, die Position des industriellen Sektors in den Vereinigten Staaten im Standortwettbewerb zu stärken. Im Gegenzug ergeben sich für die abwertenden Länder Impulse für die Inflation und die heimische Wirtschaft durch eine Verbesserung der internationalen preislichen Wettbewerbsfähigkeit, was gegenwärtig angesichts unerwünscht niedriger Inflation und nur moderater konjunktureller Expansion den wirtschaftspolitischen Zielen entgegenkommt. Problematisch ist die Stärke des US-Dollar hingegen für viele Schwellenländer, da sich der Schuldendienst für die vielfach auf Dollar lautenden Kredite in heimischer Währung verteuert.

Die Finanzpolitik wird in den kommenden Jahren expansiver. In den vergangenen Jahren war die Finanzpolitik in vielen Ländern bestrebt, die im Gefolge der globalen Rezession 2008/2009 stark gestiegenen Budgetdefizite zurückzufahren und den Schuldenstand in Relation zur Wirtschaftsleistung zu stabilisieren. Unterstützt wurden die Konsolidierungsbestrebungen durch den Rückgang der Zinsen am Anleihemarkt, in dessen Folge sich die Aufwendungen für den Schuldendienst trotz zumeist noch steigender Staatsverschuldung erheblich verminderten (OECD 2016). Die dadurch entstandenen Freiräume wurden bereits im Jahr 2016 vielfach genutzt um andere Ausgaben zu erhöhen oder Steuern zu senken. So reduzierte sich der strukturelle Primärsaldo der öffentlichen Haushalte im Euroraum und in den Vereinigten Staaten im laufenden Jahr leicht, in Japan erhöhte er sich nur noch geringfügig. Für den Prognosezeitraum rechnen wir mit einer weiterhin leicht expansiven Ausrichtung der Finanzpolitik in Europa. Die EU-Kommission interpretiert die Regeln des Fiskalpaktes inzwischen so, dass fiskalische Impulse auch in den Ländern möglich sind, die noch erheblichen Konsolidierungsbedarf zum Erreichen der mittelfristigen Stabilitätsziele haben. Im Vereinigten Königreich hat die Regierung das Ziel aufgegeben, bis zum Jahr 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, und wird kurzfristig expansive Maßnahmen ergreifen, um die Konjunktur in der Phase der Unsicherheit über Ausgestaltung und Auswirkungen des Brexit zu stützen. Für die Vereinigten Staaten schließlich rechnen wir mit einem deutlichen fiskalischen Impuls durch die neue Administration. Größenordnung und Struktur der Maßnahmen sind allerdings unklar. So dürfte der Kongress eine zur Umsetzung entsprechender Maßnahmen nötige höhere Kreditaufnahme zwar akzeptieren, hat die republikanische Partei des neuen Präsidenten doch in beiden Häusern des Parlaments eine Mehrheit. Der Umfang des Programms könnte aber im parlamentarischen Prozess auf ein moderates Maß begrenzt werden. Wir rechnen mit zusätzlichen Ausgaben und Steuersenkungen in Höhe von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2017 und zusätzlichen Maßnahmen in ähnlicher Größenordnung im Jahr 2018.

Ausblick: Weltwirtschaftliche Dynamik verstärkt sich allmählich

Der Anstieg der Weltproduktion, gerechnet auf Basis von Kaufkraftparitäten, wird sich von 3,1 Prozent in diesem Jahr auf 3,5 Prozent bzw. 3,6 Prozent in den Jahren 2017 und 2018 erhöhen. Wir haben unsere Prognose vom September damit nicht nennenswert verändert. Gemessen an den Zuwächsen in den Aufschwungsphasen der 1990er und 2000er Jahre sind diese Expansionsraten zwar niedrig. Doch dürfte die Wachstumsrate der globalen Produktionskapazitäten inzwischen deutlich gesunken sein, so dass die Auslastung der weltweiten Produktionskapazitäten im Verlauf der kommenden beiden Jahre wohl zunehmen wird. Der Welthandel, der im Jahr 2016 im Verlauf bislang stagnierte, dürfte sich etwas beleben, mit Raten von 2 Prozent bzw.

3 Prozent in den kommenden beiden Jahren aber weiterhin gemessen am Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion nur schwach steigen (Tabelle 2). Zwar dürften die Importe der ölexportierenden Länder, die im Verlauf des Jahres 2016 stark zurückgegangen sind, mit der Stabilisierung des Ölpreises wieder etwas zulegen. Die Verringerung der Elastizität des Welthandels bezüglich der Weltproduktion hat vor allem auch strukturelle Ursachen wie das zunehmende Gewicht von Ländern mit geringerer Handelsintensität in der Weltwirtschaft und eine Verlangsamung des Trends zum Aufbau bzw. zur weiteren Aufspaltung globaler Wertschöpfungsketten (Europäische Zentralbank 2016).

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften verstärkt sich die wirtschaftliche Expansion in den kommenden beiden Jahren allmählich. Vor dem Hintergrund einer insgesamt weiter expansiven Geldpolitik, zunehmender Anregungen vonseiten der Finanzpolitik und einer wieder etwas kräftiger steigenden Nachfrage in den Entwicklungs- und Schwellenländern erwarten wir, dass sich der Produktionsanstieg in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in den kommenden beiden Jahren etwas beschleunigt. Ein kräftiger Konjunkturaufschwung ist allerdings nicht in Sicht. Für die Ländergruppe insgesamt rechnen wir mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von jeweils 2,1 Prozent in den kommenden beiden Jahren, nach 1,7 Prozent im laufenden Jahr.

Für die Vereinigten Staaten rechnen wir mit einem Produktionsanstieg um 2,5 bzw. 2,7 Prozent im nächsten und im übernächsten Jahr, nach einer Zunahme um lediglich 1,6 Prozent im Jahr 2016. Maßgeblich für die Beschleunigung der Konjunktur ist zum einen die expansive Wirtschaftspolitik. Sinkende Realzinsen und deutliche Impulse vonseiten des Staates durch höhere Ausgaben und Steuersenkungen dürften die Nachfrage anregen. Zudem ist die Konsolidierung in der Schieferölindustrie wohl inzwischen weitgehend abgeschlossen, von der in den vergangenen anderthalb Jahren beträchtliche dämpfende Wirkungen insbesondere auf die Investitionen ausgegangen waren (Gern und Hauber 2016: IfW-Box 2016.19). Die Arbeitslosigkeit wird im Prognosezeitraum weiter sinken, der Lohnauftrieb dürfte sich in der Folge spürbar verstärken und die Inflation trotz der dämpfenden Wirkung des höheren Außenwerts der amerikanischen Währung weiter anziehen.

Tabelle 2:
Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern und Regionen 2016–2018

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
	2016	2017	2018	2016	2017	2018
Vereinigte Staaten	1,6	2,5	2,7	1,3	2,3	2,6
Japan	1,0	1,2	0,7	-0,1	0,5	0,6
Euroraum	1,7	1,7	1,7	0,2	1,2	1,4
Vereinigtes Königreich	1,6	1,2	1,6	0,9	2,4	2,0
Fortgeschrittene Länder insgesamt	1,7	2,1	2,1	0,7	1,7	1,8
China	6,6	6,4	5,9	1,9	2,0	2,3
Lateinamerika	-1,2	1,0	2,0	8,5	6,4	5,8
Indien	7,1	6,8	7,2	5,3	5,5	5,5
Ostasien	4,8	4,9	5,1	2,4	3,2	3,3
Russland	-0,6	1,2	1,7	7,0	6,0	5,0
Weltwirtschaft insgesamt	3,1	3,5	3,6	3,0	3,3	3,5
Nachrichtlich:						
Welthandelsvolumen	1,0	2,0	3,0	.	.	.
Ölpreis (US-$/Barrel)	44,9	52,9	55,3	.	.	.
Weltwirtschaft (gewichtet auf der Basis von Marktwechselkursen des Jahres 2015)	2,4	2,9	3,0	2,4	2,8	3,0

Aggregate gewichtet auf Basis von Kaufkraftparitäten. Ostasien: ohne China, Indien und Japan; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Quelle: Prognose des IfW.

Die Expansion im Euroraum bleibt mit Zuwachsraten von jeweils 1,7 Prozent in den beiden nächsten Jahren moderat. Die Frühindikatoren deuten darauf hin, dass sich der Produktionsanstieg im vierten Quartal 2016 etwas beschleunigt. Eine nachhaltige Verstärkung der konjunkturellen Grundtendenz kommt darin aber wohl nicht zum Ausdruck. Nach wie vor belasten ungelöste Strukturprobleme in einem Teil des Währungsgebiets den Ausblick. So haben sich in Italien die Aussichten auf weitere Reformen zur Überwindung der langjährigen Wachstumsschwäche des Landes mit der Ablehnung der Verfassungsreform und der Bildung einer Übergangsregierung verschlechtert (Gern und Stolzenburg 2016), und angesichts der hohen öffentlichen Schuldenlast und einer Krise im Bankensektor bleiben die Konjunkturaussichten gedämpft. Da es im Jahr 2017 voraussichtlich zu Parlamentswahlen in vier der größten fünf Mitgliedsstaaten des Euroraums kommt (Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande), sind die Unsicherheiten über die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik beträchtlich. Bei alledem erwarten wir, dass das moderate Expansionstempo in der Grundtendenz beibehalten wird. Dabei dürfte weiterhin die Binnenabsorption die tragende Rolle spielen. Der private Verbrauch wird durch eine fortgesetzte Besserung am Arbeitsmarkt angeregt – die Arbeitslosenquote wird sukzessive von 10,1 Prozent im laufenden Jahr auf 8,8 Prozent im Jahr 2018 zurückgehen. Allerdings werden die real verfügbaren Einkommen nun nicht mehr durch die niedrigere Energiepreise stimuliert, so dass sich die Dynamik beim privaten Konsum wohl nicht verstärken wird. Der staatliche Verbrauch wird im kommenden Jahr nicht zuletzt angesichts der anstehenden Wahlen in etwas höherem Tempo ausgeweitet werden, im Jahr 2018 dürfte Ausgabenpolitik aber wieder etwas restriktiver werden, da der Schuldenstand und die Haushaltsdefizite in einer Reihe von Ländern gemessen an den Vorgaben des Fiskalpaktes nach wie vor zu hoch sind. Die Anlageinvestitionen werden gleichzeitig allmählich an Fahrt gewinnen, zumal nach einer Phase der Investitionszurückhaltung in den vergangenen Jahren Nachholbedarf besteht. Die Inflation bleibt in der Grundtendenz niedrig, allerdings wird die Inflationsrate mit Fortfall der dämpfenden Wirkungen vom Ölpreis von 0,2 Prozent in diesem Jahr auf 1,2 Prozent und 1,4 Prozent in den Jahren 2017 bzw. 2018 steigen.

Der Produktionsanstieg im Vereinigten Königreich wird sich vorübergehend deutlich verlangsamen. Wir haben unsere Prognose für das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2016 und 2017 allerdings deutlich erhöht. Für 2016 erwarten wir nun einen Anstieg um 2 Prozent (Herbstprognose: 1,6 Prozent), für das kommende Jahr haben wir die Prognose von 0,6 Prozent auf 1,2 Prozent angehoben. Dies spiegelt allerdings vor allem die besser als erwartete Produktionsentwicklung im zweiten Halbjahr 2016 wider. Für den Prognosezeitraum erwarten wir weiterhin, dass die Expansion der inländischen Verwendung im Verlauf des Jahres 2017 deutlich hinter dem in den vergangenen Jahren verzeichneten Tempo zurück bleiben wird. Der private Konsum wird langsamer expandieren, da sich der Zuwachs der Realeinkommen bei einer auch wechselkursbedingt spürbar höheren Inflation und kaum noch steigender Beschäftigung stark abschwächen wird. Die Investitionen dürften als Folge verschlechterter Absatzperspektiven und der anhaltenden Unsicherheit über die zukünftigen Rahmenbedingungen sogar schrumpfen.

Das Tempo der wirtschaftlichen Expansion in China lässt in den kommenden beiden Jahren wieder nach. Zwar ist es der chinesischen Regierung durch expansive geld- und fiskalpolitische Maßnahmen im Jahr 2016 gelungen, die Konjunktur vorerst wieder zu beleben. Der dortigen Führung dürfte jedoch bewusst sein, dass diese Politik mit dem Ziel im Widerspruch steht, die chinesische Wirtschaft auf einen ökonomisch und ökologisch nachhaltigeren Wachstumspfad zu steuern. Denn bei dem derzeitigen Kurs werden die strukturellen Probleme der chinesischen Volkswirtschaft, etwa eine ineffiziente Kapitalallokation oder eine mangelnde Innovationsfähigkeit, nur überdeckt, und die bereits sehr hohe Verschuldung vor allem von Unternehmen und lokalen Gebietskörperschaften wird weiter aufgebläht. Notwendig sind Konsistenz, Glaubwürdigkeit und Transparenz staatlicher Reformen und ihrer Vermittlung, um unklare bzw.

verwirrende Signale an alle Marktteilnehmer zu vermeiden (Liu und Langhammer 2016). Für die Prognose haben wir unterstellt, dass die Regierung eine weitere allmähliche Verringerung der Expansionsraten akzeptiert, und rechnen mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts für 2017 und 2018 von 6,4 bzw. 5,9 Prozent. Sollte die Regierung der im Wachstumstrend angelegten weiteren Abflachung der Expansionsraten in stärkerem Maße entgegenwirken als von uns unterstellt, würden zwar die Zuwachsraten in den kommenden beiden Jahren höher ausfallen. Mittelfristig stiege aber durch die dann ungebremste Kreditexpansion und die damit verbundene Verzerrung von Vermögenspreisen das Risiko krisenhafter Entwicklungen und eines abrupten Konjunktureinbruchs.

Die Expansion in den übrigen Schwellenländern wird sich weiter beschleunigen, Risiken bleiben jedoch bestehen. Die gesamtwirtschaftliche Expansion in den übrigen Schwellenländern wird sich im Prognosezeitraum voraussichtlich weiter verstärken. Hierzu dürfte die jüngste Erholung bei den Rohstoffpreisen beitragen. In Russland wird die gesamtwirtschaftliche Produktion voraussichtlich wieder steigen, auch wenn für die kommenden beiden Jahre nicht mit einer kräftigen wirtschaftlichen Expansion zu rechnen ist. In Brasilien lässt hingegen eine konjunkturelle Erholung noch etwas auf sich warten: Die Entschuldungsprozesse der privaten Haushalte und Unternehmen werden die gesamtwirtschaftliche Nachfrage vorerst weiter dämpfen. Zwar dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Produktion in den kommenden Quartalen stabilisieren. Im Jahresdurchschnitt wird das Bruttoinlandsprodukt 2017 aber aufgrund des niedrigen Niveaus am Jahresbeginn wohl nochmals zurückgehen. Risiken für die Konjunktur in den Schwellenländern resultieren vor allem aus der stark gestiegenen Verschuldung – vor allem im Unternehmenssektor –, zumal die Schuldenlast mit dem Erstarken des Dollars gestiegen ist, da in vielen Ländern ein erheblicher Teil der Schulden in Dollar besteht (Gern und Hauber 2015: IfW-Box 2015.21).

Die Unsicherheit über die weltwirtschaftliche Entwicklung hat sich erhöht. Die Entwicklung der Weltkonjunktur ist derzeit auch deshalb besonders schwer abzuschätzen, weil in den Vereinigten Staaten eine neue Regierung antritt, die angekündigt hat, vieles anders zu machen. Damit hat sich die Unsicherheit für die wirtschaftlichen Akteure über die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik, aber auch weltpolitische Entwicklungen nochmals erhöht. In mehreren großen Ländern Europas stehen Wahlen an, die angesichts starker systemkritischer Kandidaten im Ergebnis die Abschätzung zukünftiger politischer Entwicklungen weiter erschweren können. Gegenwärtig werden fundamentale Grundausrichtungen der Wirtschaftspolitik, etwa die grundsätzlich positive Einstellung zu einem freien Welthandel oder die europäische Integration in Frage gestellt. Nach wie vor ist unklar, auf welche Weise der Austritt des Vereinigten Königreichs die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Europa verändern wird. In diesem Umfeld erhöhter politischer Unsicherheit wird zudem mehr und mehr klar, dass die Geldpolitik an ihre Grenzen gestoßen ist. Zunehmend werden die negativen Nebenwirkungen der extrem niedrigen Zinsen deutlich, mit steigenden Risiken für die Stabilität des Finanzsektors (OECD 2016: 34–43). In der Prognose wird unterstellt, dass deutliche Anspannungen an den Finanzmärkten – etwa im Zusammenhang mit Zinsanhebungen in den Vereinigten Staaten – ausbleiben, zeitlich eng begrenzt sind oder sich auf einzelne Länder beschränken. Risiken bestehen hier nicht zuletzt auch für einige Schwellenländer, in denen die Verschuldung von Unternehmen und Haushalten in den vergangenen Jahren stark gestiegen ist. Schließlich könnten sich Belastungen für die Konjunktur ergeben, wenn die von den Ölproduzenten verabredete Kürzung der Fördermengen – anders als von uns erwartet – in vollem Umfang umgesetzt würde, mit der Folge eines entsprechend deutlich stärkeren Anstiegs des Ölpreises.

Kasten 1:

Zur Entscheidung der OPEC, erneut Förderquoten einzuführen und die Ölproduktion zu reduzieren

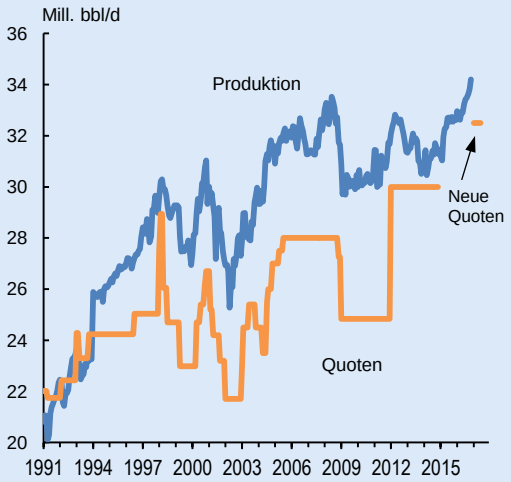
Die OPEC hat sich bei ihrem Treffen am 30. November 2016 auf die Einzelheiten zur Durchführung eines Beschlusses von Ende September geeinigt, demnach die Ölförderung verringert und wieder länderspezifische Produktionsquoten eingeführt werden sollen. Diese waren im Herbst 2014 suspendiert worden als sichtbarer Ausdruck einer neuen Politik Saudi-Arabiens, die darauf hinauslief, die Rolle des Landes als „Swing Producer" aufzugeben, der seine Produktion an die Marktsituation anpasst, um die Schwankungen der Marktpreise zu begrenzen (Gern et al. 2015: 4). In der Folge war der Ölpreis eingebrochen und von rund 110 Dollar, die je Barrel der Sorte Brent zwischen Anfang 2011 und Mitte 2014 gezahlt werden mussten, auf unter 30 Dollar zu Beginn des Jahres 2016 gefallen. Im Verlauf dieses Jahres erholte sich der Preis zwar wieder etwas, mit rund 45 Dollar war er aber weiterhin für die meisten Produzentenländer zu niedrig, um den Bedarf an Öleinnahmen für Staat und Wirtschaft zu decken (Gern et al. 2016: 8).

Der jüngste OPEC-Beschluss beinhaltet eine Verringerung der Ölförderung ab Januar gegenüber dem Referenzniveau vom Herbst um rund 1,2 Mill. Barrel täglich auf etwa 32,5 Mill. Barrel. Die größten Beiträge sagten dabei Saudi-Arabien (486 000 Barrel), der Irak (210 000), die Vereinigten Arabischen Emirate (139 000) und Kuwait (131 000) zu. Für den Iran wurde die Quote auf das vor dem Einsetzen der Sanktionen im Jahr 2011 bestehende Produktionsniveau von 3,8 Mill. Barrel festgelegt, eine Menge, die im Oktober bereits fast erreicht wurde. Zusätzlich beschloss eine Gruppe von 11 nicht zur OPEC gehörenden Ländern unter Führung Russlands, die OPEC-Förderkürzungen durch eine Absenkung der eigenen Produktion um 560 000 Barrel täglich (300 000 davon in Russland) zu ergänzen. Die Vereinbarungen gelten zunächst bis Mitte 2017. Bei voller Umsetzung würde das globale Ölangebot um nahezu 2 Prozent reduziert, der Ölmarkt von dem derzeit noch herrschenden leichten Angebotsüberschuss[a] in eine gravierende Unterversorgung wechseln und die derzeit sehr hohen weltweiten Lagerbestände rasch abgebaut. Ein erheblicher Preisanstieg wäre wohl die Folge.

Es ist aber unwahrscheinlich, dass die zugesagten Produktionsmengen tatsächlich eingehalten werden. In der Vergangenheit wurden die Quoten regelmäßig übertroffen, häufig in beträchtlichem Umfang (Abbildung K1-1). Die Einhaltung des Abkommens soll zwar durch eine Kommission überprüft werden, Sanktions-mechanismen gibt es aber nicht. Indonesiens Kooperationsbereitschaft war so gering, dass das Land beantragt hat, die OPEC-Mitgliedschaft ruhen zu lassen. Auch ist nicht überall eine strikte Mengenvorgabe für private Konsortien durch den Staat rechtlich überhaupt möglich. Zudem sind einzelne OPEC-Mitglieder (Nigeria und Libyen) von der Quotenregelung ausgenommen, da sie in jüngerer Vergangenheit mit großen Problemen bei der Produktion zu kämpfen hatten und zuletzt weit unter Potenzial produzierten. Von dieser Seite könnte kurzfristig in nennenswertem Umfang zusätzliches Angebot auf den Markt kommen.

Abbildung K1-1:

OPEC Ölproduktion und Förderquoten 1991–2016



Monatsdaten. Anmerkung: Letzte Beobachtung ist November 2016. Quoten außer Kraft gesetzt im November 2014.

Quelle: World Bank; International Energy Agency (2016).

Schließlich könnte die Nachricht, dass die OPEC zur Politik zurückkehrt, den Ölpreis zu steuern, dazu führen, dass die Investitionen im US-amerikanischen Schieferölsektor wieder deutlich anziehen. Beim gegenwärtigen Preisniveau ist bereits die Mehrzahl der Schieferölfelder hinreichend rentabel (Fessler 2016), und die Produktion könnte vermutlich rasch ausgedehnt werden, wenn der Ölpreis anzieht und der Eindruck besteht, dass ein neuerlicher Einbruch der Preise unwahrscheinlich geworden ist. Hinzu kommt, dass in absehbarer Zeit in einer Reihe von Ländern, die am gegenwärtigen Abkommen nicht beteiligt sind, nennenswerte zusätzliche Produktionskapazitäten fertiggestellt werden. Mit einer nachhaltigen Unterversorgung des Marktes mit Rohöl, die zu einem dauerhaften starken Anstieg des Ölpreises führen würde, ist daher gegenwärtig nicht zu rechnen.

[a]Nach Schätzungen der Internationalen Energieagentur (2016) überstieg die Produktion den Verbrauch von Rohöl im zweiten und dritten Quartal um jeweils 0,3 Mill. Barrel.

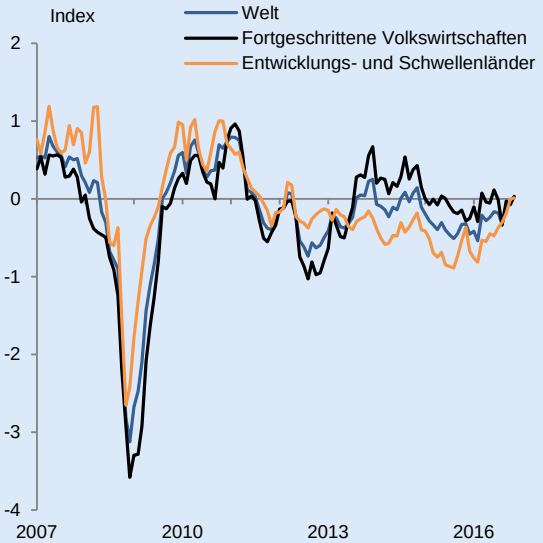
Datenanhang

INHALT

1. Weltkonjunktur 14
2. Vereinigte Staaten 15
3. Japan 16
4. Euroraum 17
5. Vereinigtes Königreich 18
6. China 19
7. Übrige Schwellenländer 20
8. Überblickstabellen 21

1. Weltkonjunktur

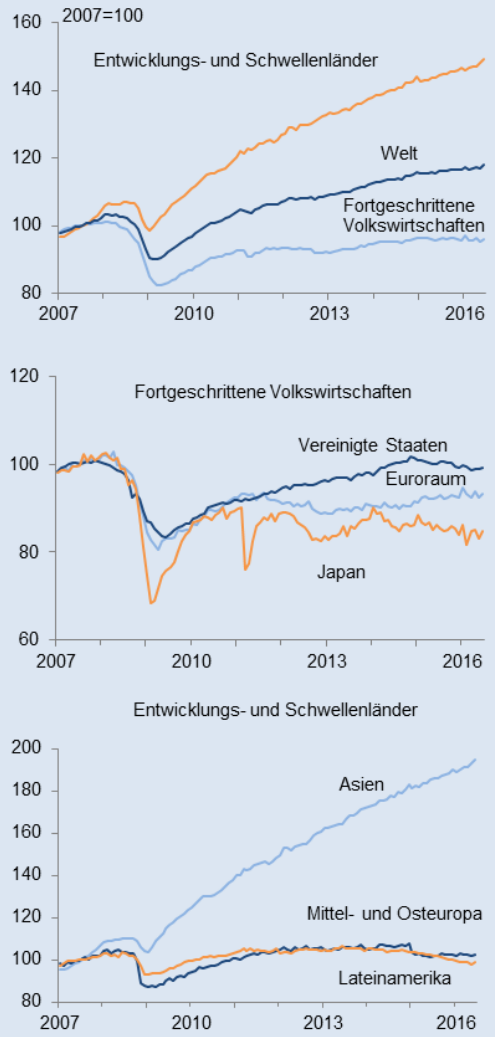
Abbildung 1.1:
Wirtschaftsklima nach Ländergruppen 2007–2016



Monatsdaten, saisonbereinigt; teilweise geschätzt; auf der Basis der im IfW-Indikator enthaltenen Stimmungsindikatoren für 42 Länder (34 fortgeschrittene Volkswirtschaften und 8 Schwellenländer).

Quelle: OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Quellen; eigene Berechnungen.

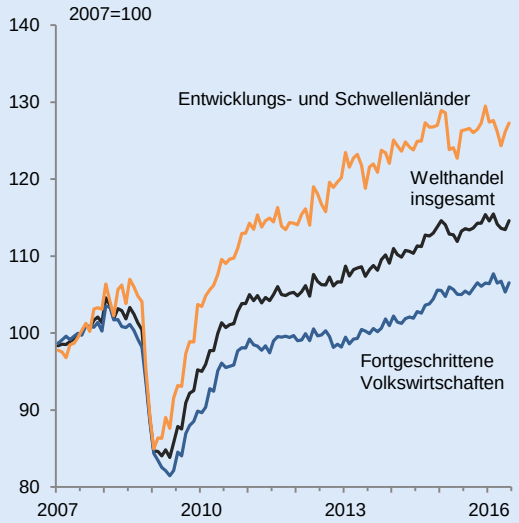
Abbildung 1.2:
Weltweite Industrieproduktion nach Ländergruppen und Regionen 2007–2016



Monatsdaten; preis- und saisonbereinigt.

Quelle: CPB, *World Trade Monitor*; eigene Berechnungen.

Abbildung 1.3:
Welthandel 2007–2016

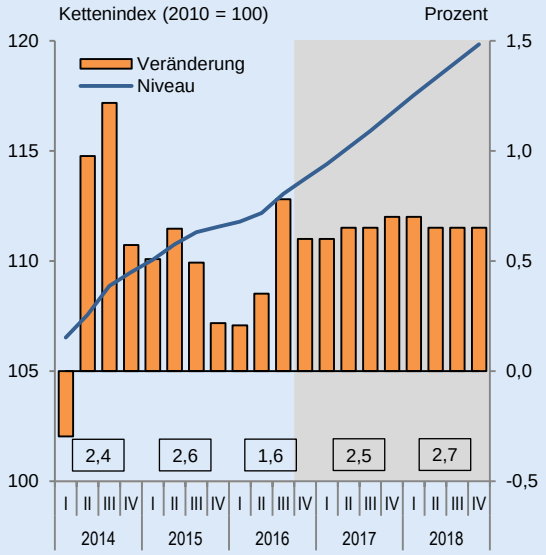


Monatsdaten; preis- und saisonbereinigt.

Quelle: CPB, *World Trade Monitor*; eigene Berechnungen.

2. Vereinigte Staaten

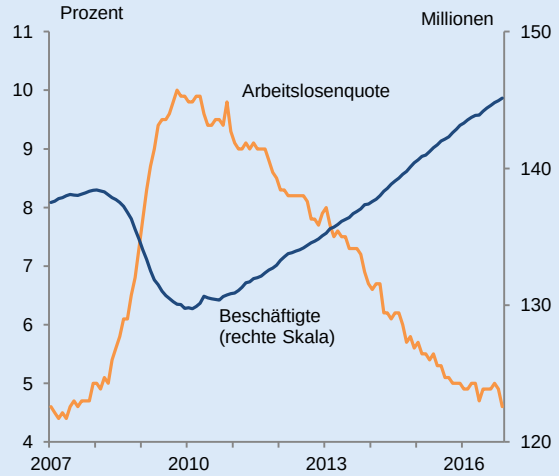
Abbildung 2.1:
Bruttoinlandsprodukt 2014–2018



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Bureau of Economic Analysis, *National Income and Product Accounts;* grau hinterlegt: Prognose des IfW.

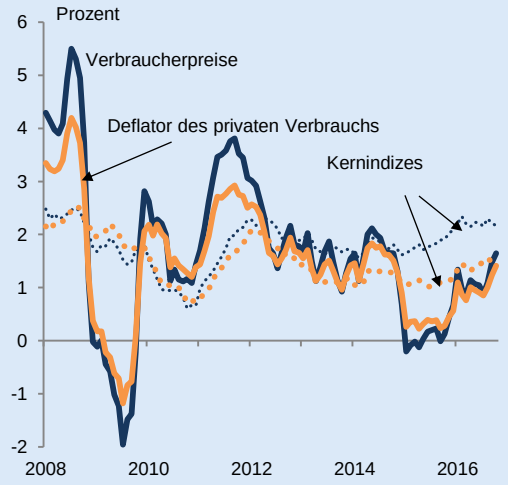
Abbildung 2.2:
Arbeitsmarkt 2007–2016



Monatsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: US Department of Labor, *Employment Situation*.

Abbildung 2.3:
Verbraucherpreisanstieg 2008–2016



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernindex: ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: US Department of Labor, *Consumer Price Index*.

Tabelle 2.1:
Eckdaten zur Konjunktur in den Vereinigten Staaten 2015–2018

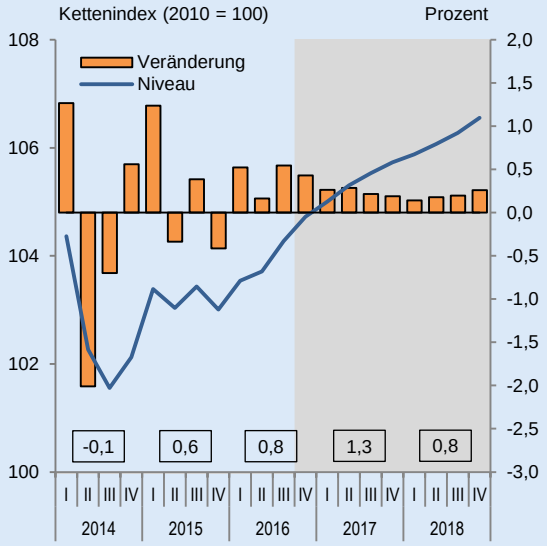
	2015	2016	2017	2018
Bruttoinlandsprodukt	2,6	1,6	2,5	2,7
Inländische Verwendung	3,1	2,0	2,7	3,0
Private Konsumausgaben	3,2	2,6	2,8	2,7
Konsumausgaben des Staates	1,8	0,8	1,8	3,2
Anlageinvestitionen	4,0	0,6	3,1	4,3
Ausrüstungen	3,5	-2,9	1,3	3,2
Geistige Eigentumsrechte	4,8	4,5	3,1	3,2
Gewerbliche Bauten	-4,4	-2,8	3,7	5,6
Wohnungsbau	11,7	4,9	5,2	6,3
Vorratsveränderungen	0,2	-0,4	0,1	0,0
Außenbeitrag	-0,7	-0,4	-0,1	-0,3
Exporte	0,1	0,8	3,1	3,0
Importe	4,6	0,8	4,5	5,6
Verbraucherpreise	0,1	1,3	2,3	2,6
Arbeitslosenquote	5,3	4,9	4,5	4,5
Leistungsbilanzsaldo	-2,6	-2,5	-2,6	-2,7
Budgetsaldo (Bund)	-2,5	-3,2	-3,6	-4,0

Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. Arbeitslosenquote: in Prozent der Erwerbspersonen. Leistungsbilanzsaldo, Budgetsaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Budgetsaldo: Fiskaljahr.

Quelle: US Department of Commerce, *National Economic Accounts;* US Department of Labor, *Employment Situation and Consumer Price Index;* US Department of the Treasury, *Monthly Treasury Statement;* eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

3. Japan

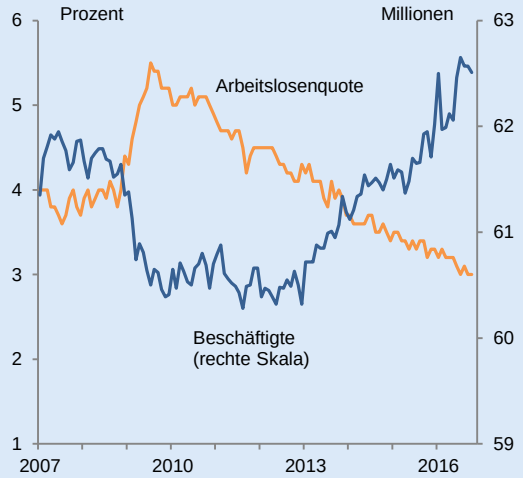
Abbildung 3.1:
Bruttoinlandsprodukt 2014– 2018



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Cabinet Office, *National Accounts*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

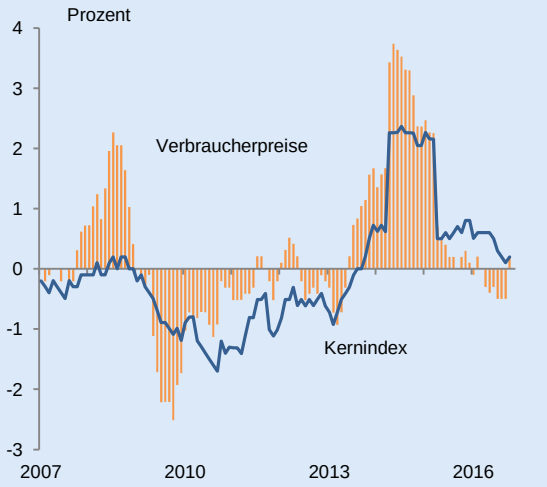
Abbildung 3.2:
Arbeitsmarkt 2007–2016



Monatsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Department of Labor, *Labor Force Survey*.

Abbildung 3.3:
Verbraucherpreisanstieg 2007–2016



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernindex: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: Statistics Bureau of Japan, *Consumer Price Index*.

Tabelle 3.1:
Eckdaten zur Konjunktur in Japan 2015–2018

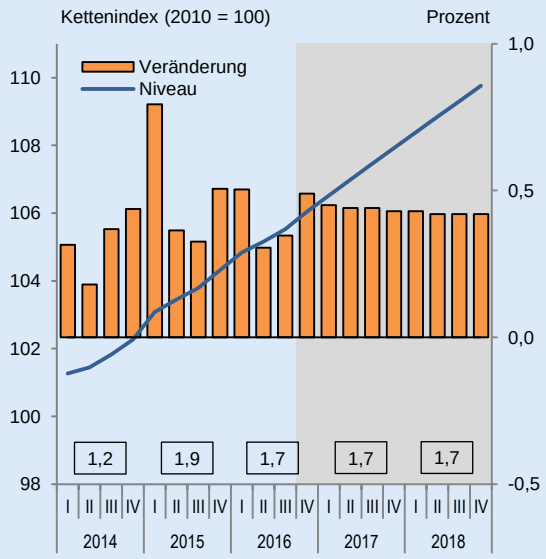
	2015	2016	2017	2018
Bruttoinlandsprodukt	1,2	1,0	1,2	0,7
Inländische Verwendung	0,8	0,6	1,1	0,7
Private Konsumausgaben	-0,4	0,4	0,9	0,8
Konsumausgaben des Staates	1,6	1,5	0,9	1,1
Anlageinvestitionen	0,2	1,0	2,2	-0,1
Unternehmens-investitionen	1,2	0,8	1,9	0,1
Wohnungsbau	-1,8	5,8	5,2	2,3
Öffentliche Investitionen	-1,7	-1,3	1,0	-2,2
Lagerinvestitionen	0,6	-0,2	-0,1	0,0
Außenbeitrag	0,4	0,3	0,0	0,1
Exporte	3,0	0,3	1,8	2,5
Importe	0,1	-2,0	1,5	2,1
Verbraucherpreise	0,8	-0,1	0,5	0,6
Arbeitslosenquote	3,4	3,1	3,0	3,0
Leistungsbilanzsaldo	2,9	3,7	3,3	3,4
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-5,4	-5,3	-5,5	-4,8

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. Arbeitslosenquote: Anteil an den Erwerbspersonen. Finanzierungssaldo: in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Cabinet Office, *National Accounts;* OECD, *Main Economic Indicators;* eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

4. Euroraum

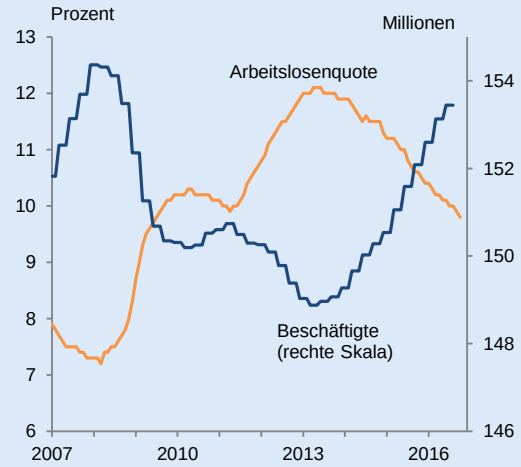
Abbildung 4.1:
Bruttoinlandsprodukt 2014–2018



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

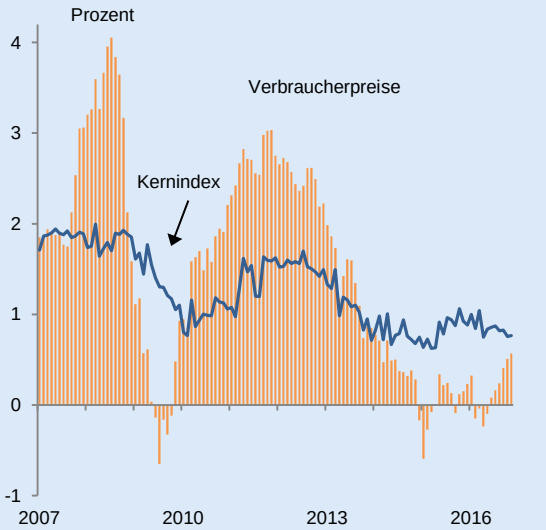
Abbildung 4.2:
Arbeitsmarkt 2007–2016



Monatsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Eurostat, *Arbeitsmarktstatistik*; EZB, *Monatsbericht*.

Abbildung 4.3:
Verbraucherpreisanstieg 2007–2016



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: Eurostat, *Preisstatistik*.

Tabelle 4.1:
Eckdaten zur Konjunktur im Euroraum 2015–2018

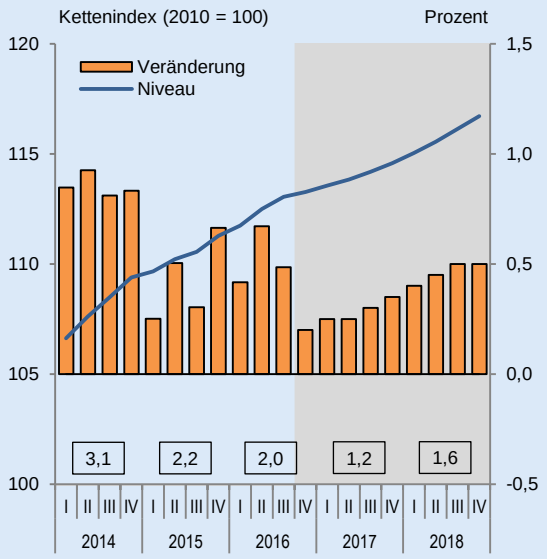
	2015	2016	2017	2018
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,7	1,7	1,7
Inländische Verwendung	1,7	2,0	1,9	1,9
Private Konsumausgaben	1,8	1,7	1,6	1,7
Konsumausgaben des Staates	1,4	1,9	1,5	1,4
Anlageinvestitionen	2,9	2,9	3,1	3,4
Vorratsveränderungen	-0,2	-0,1	0,0	-0,0
Außenbeitrag	0,3	-0,2	-0,1	-0,1
Exporte	6,2	2,4	3,5	4,3
Importe	6,2	3,1	4,1	5,0
Verbraucherpreise	0,0	0,2	1,2	1,4
Arbeitslosenquote	10,9	10,1	9,5	8,8
Leistungsbilanzsaldo	3,1	3,2	3,1	3,0
Budgetsaldo	-2,1	-1,9	-1,7	-1,5

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. Verbraucherpreise: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). Arbeitslosenquote: Anteil an den Erwerbspersonen. Budgetsaldo: In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

5. Vereinigtes Königreich

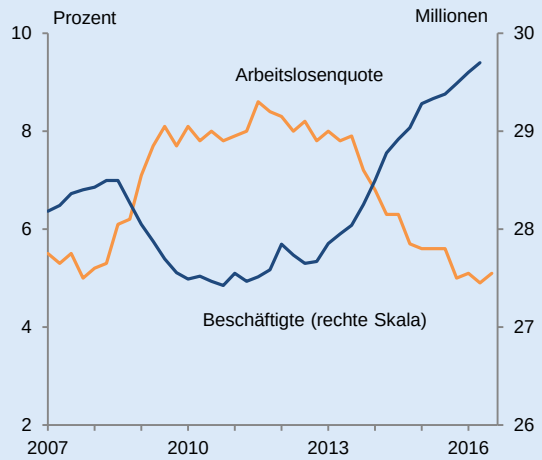
Abbildung 5.1:
Bruttoinlandsprodukt 2014–2018



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechungen;* grau hinterlegt: Prognose des IfW.

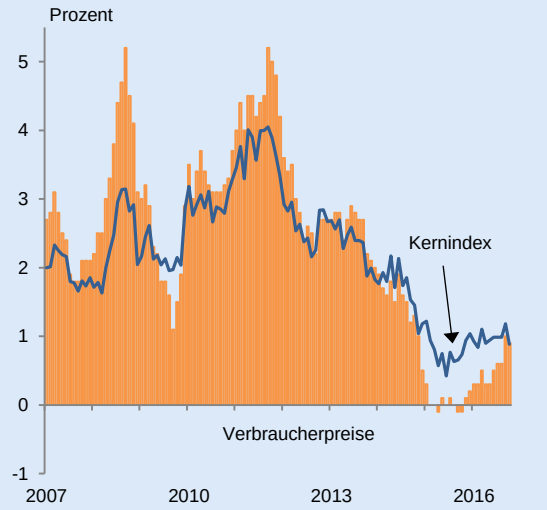
Abbildung 5.2:
Arbeitsmarkt 2007–2016



Quartalsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Office for National Statistics, *Economy*.

Abbildung 5.3:
Verbraucherpreisanstieg 2007–2016



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: Office for National Statistics, *Economy.*

Tabelle 5.1:
Eckdaten zur Konjunktur im Vereinigten Königreich 2015–2018

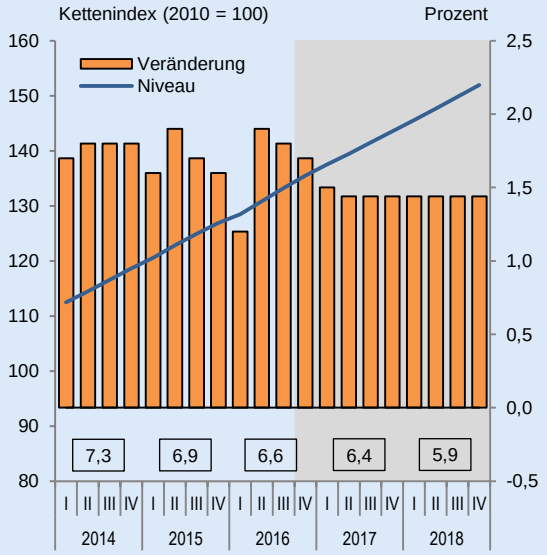
	2015	2016	2017	2018
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,0	1,2	1,6
Inländische Verwendung	2,5	1,2	0,6	1,0
Private Konsumausgaben	2,8	2,7	1,3	1,4
Konsumausgaben des Staates	1,4	1,3	1,5	0,5
Anlageinvestitionen	3,3	1,1	-1,0	0,5
Vorratsveränderungen	0,0	-0,5	-0,1	0,0
Außenbeitrag	-0,5	0,4	0,6	0,5
Exporte	4,8	2,8	3,0	3,6
Importe	5,8	2,2	-0,4	1,0
Verbraucherpreise	0,1	0,6	2,2	2,0
Arbeitslosenquote	5,3	4,9	5,0	5,3
Leistungsbilanzsaldo	-5,4	-5,5	-4,6	-3,8
Budgetsaldo	-3,7	-3,5	-4,1	-3,6

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente. Verbraucherpreise: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI); Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Arbeitslosenquote: in Relation zu den Erwerbspersonen. Budgetsaldo: in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: UK Office for National Statistics, *Economy;* grau hinterlegt: Prognose des IfW.

6. China

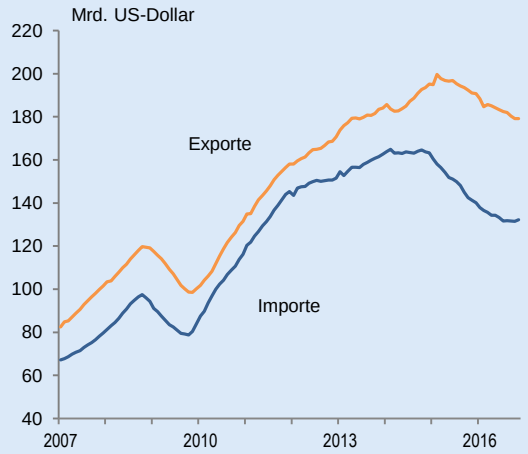
Abbildung 6.1:
Bruttoinlandsprodukt 2014–2018



Quartalsdaten, preis- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: National Bureau of Statistics China; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

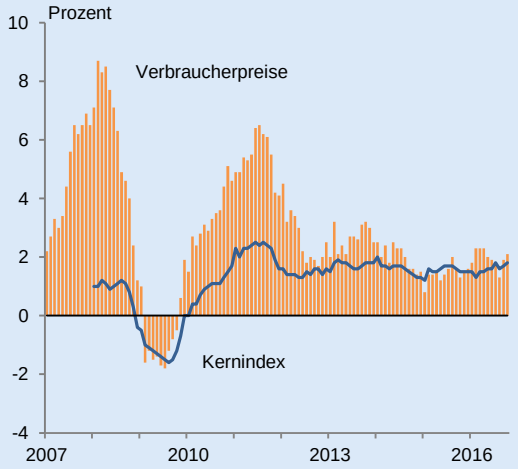
Abbildung 6.2:
Außenhandel 2007–2016



Monatswerte, gleitendes Mittel (12 Monate).

Quelle: General Administration of Costums; eigene Berechnungen.

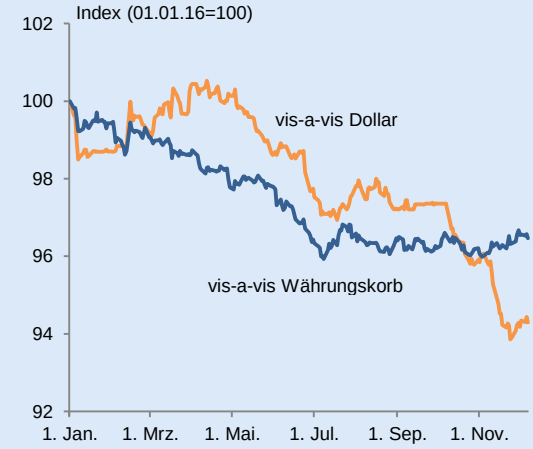
Abbildung 6.3:
Verbraucherpreise 2007–2016



Monatswerte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: National Bureau of Statistics.

Abbildung 6.4:
Wechselkurse

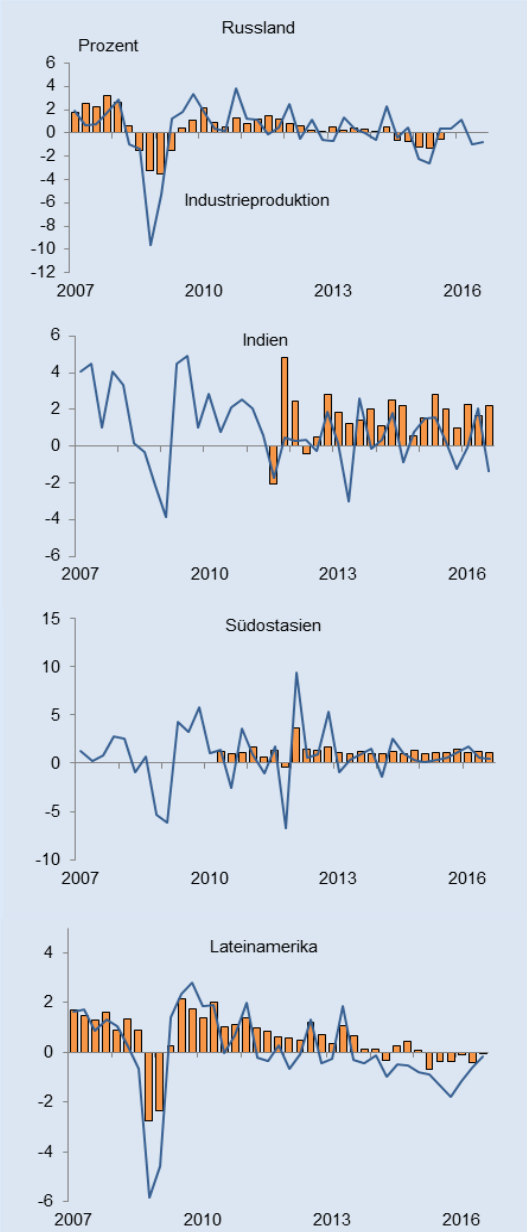


Tagesdaten.

Quelle: China Foreign Exchange Trade System; eigene Berechnungen.

7. Übrige Schwellenländer

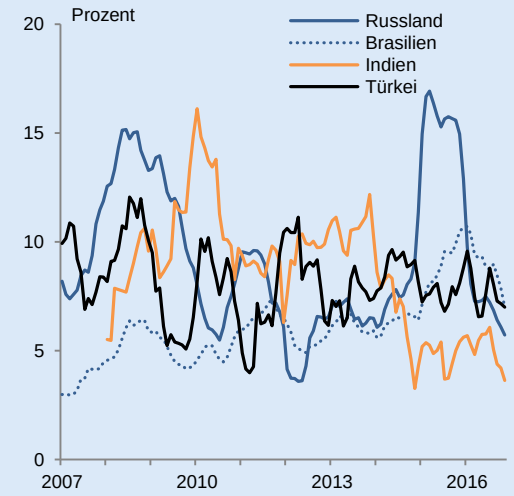
Abbildung 7.1:
Bruttoinlandsprodukt und Industrieproduktion 2007–2016



Quartalsdaten: preis- und saisonbereinigt: Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Südostasien: gewichteter Durchschnitt für Indonesien, Thailand, Malaysia und Philippinen; Lateinamerika: 4.Quartal 2015 bis 1. Quartal 2016 teilweise geschätzt.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; nationale statistische Ämter; eigene Berechnungen.

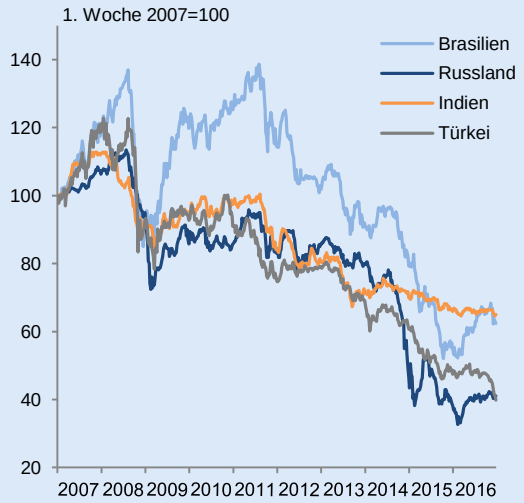
Abbildung 7.2:
Verbraucherpreise 2007–2016



Monatsdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Federal State Statistics Service, *Russland*; Brasilianisches Institut für Geographie und Statistik, *Brasilien*; National Bureau of Statistics, *China*; Labour Bureau, *Indien*.

Abbildung 7.3:
US-Dollar-Wechselkurse 2007–2016



Wöchentliche Daten. Letzter Wert: 7.12.2016.

Quelle: Thomson Financial Datastream.

8. Überblickstabellen

Tabelle 8.1:
Rahmendaten für die Konjunkturprognose 2016–2018

	2016				2017				2018			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins												
Vereinigte Staaten	0,3	0,3	0,3	0,5	0,5	0,8	0,8	1,0	1,0	1,3	1,3	1,5
Japan	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Euroraum	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Wechselkurse												
US-Dollar/Euro	1,10	1,13	1,12	1,07	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06
Yen/US-Dollar	115,3	108,8	102,5	109,6	115,0	115,0	115,0	115,0	115,0	115,0	115,0	115,0
Ölpreis (Brent) in US-Dollar	35,3	46,8	47,0	50,5	52,0	52,6	53,2	53,8	54,5	55,0	55,5	56,0
HWWI-Index für Industrierohstoffe	87,7	95,2	97,5	106,3	108,4	108,8	109,6	110,7	111,9	113,3	115,0	116,7

Leitzins: Vereinigte Staaten: Untergrenze des Zielbandes für die Fed Funds Rate; Japan: Tagesgeldzins; Euroraum: Hauptrefinanzierungssatz.

Quelle: HWWI, *Rohstoffpreisindex*; IMF, *International Financial Statistics*; Federal Reserve Bank, *Intended Federal Funds Rate*; EZB, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 8.2:
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften 2016–2018

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		2016	2017	2018	2016	2017	2018	2016	2017	2018
Europäische Union	37,2	1,8	1,7	1,8	0,3	1,4	1,5	8,6	8,2	7,7
Euroraum	26,9	1,7	1,7	1,7	0,2	1,2	1,4	10,1	9,5	8,8
Vereinigtes Königreich	6,0	1,6	1,2	1,6	0,9	2,4	2,0	4,8	5,0	5,1
Schweden	1,1	3,1	1,8	1,8	1,1	1,7	1,6	6,9	6,7	6,6
Polen	1,1	2,6	2,8	3,0	-0,9	0,8	1,3	6,1	5,7	5,5
Schweiz	1,5	0,9	1,3	1,5	-0,4	0,5	0,8	4,7	4,6	4,4
Norwegen	0,9	1,0	1,5	1,8	3,8	3,0	2,5	4,6	4,6	4,5
Vereinigte Staaten	41,1	1,6	2,5	2,7	1,3	2,3	2,6	4,9	4,5	4,5
Kanada	3,6	1,5	1,9	2,1	1,3	1,9	2,0	7,1	6,9	
Japan	9,5	1,0	1,2	0,7	-0,1	0,5	0,6	3,1	3,0	3,0
Südkorea	3,2	2,8	3,0	2,9	1,3	2,2	2,1	3,5	3,4	3,3
Australien	3,1	2,5	3,0	3,0	2,1	2,4	2,5	5,8	5,6	5,3
Aufgeführte Länder	100,0	1,7	2,2	2,2	0,8	1,9	2,0	6,3	6,0	5,5

Prozent. Gewicht gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 in US-Dollar. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, Europäische Union und Norwegen: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). Arbeitslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2015.

Quelle: Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; OECD, *Main Economic Indicators*; IMF, *World Economic Outlook Database*; Statistics Canada, *Canadian Economic Account*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 8.3:
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den EU-Ländern 2016–2018

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		2016	2017	2018	2016	2017	2018	2016	2017	2018
Deutschland	20,6	1,8	2,0	2,0	0,3	1,4	1,6	4,2	4,0	3,4
Frankreich	14,8	1,2	1,2	1,4	0,3	1,3	1,4	10,0	9,8	9,4
Italien	11,1	0,9	0,8	1,0	0,0	0,9	1,0	11,6	11,0	10,2
Spanien	7,4	3,3	2,6	2,0	-0,4	1,0	1,2	19,7	18,0	17,0
Niederlande	4,6	2,1	2,2	1,9	0,1	1,0	1,2	6,1	5,3	4,7
Belgien	2,8	1,2	1,4	1,6	1,7	2,2	2,4	8,2	8,3	8,2
Österreich	2,3	1,5	1,7	1,6	0,9	1,5	1,7	6,0	5,9	5,7
Irland	1,7	3,0	3,6	2,8	-0,3	1,0	1,4	8,0	6,9	6,0
Finnland	1,4	1,6	1,9	1,7	0,4	1,4	1,6	8,9	8,4	8,0
Portugal	1,2	1,3	1,5	1,3	0,7	1,4	1,6	11,3	10,4	9,5
Griechenland	1,2	0,4	1,9	2,3	0,1	1,2	1,4	23,5	21,9	20,0
Slowakei	0,5	3,5	3,7	3,3	-0,5	0,9	1,3	9,7	8,2	7,0
Luxemburg	0,4	3,6	3,1	2,8	0,0	1,1	1,5	6,2	6,0	5,8
Slowenien	0,3	2,6	3,1	2,8	-0,1	1,2	1,5	7,9	7,3	6,9
Litauen	0,3	2,1	2,9	3,1	0,6	1,5	1,9	8,0	7,1	6,5
Lettland	0,2	0,9	2,4	3,2	0,0	1,2	1,7	9,7	9,0	8,5
Estland	0,1	1,1	2,6	2,6	0,7	1,9	2,3	6,7	6,4	6,0
Zypern	0,1	2,9	3,1	3,0	-1,2	0,8	1,3	12,4	11,0	10,0
Malta	0,1	3,6	3,3	3,1	0,9	1,7	2,2	4,9	4,7	4,5
Vereinigtes Königreich	17,5	1,6	1,2	1,6	0,9	2,4	2,0	4,8	5,0	5,1
Schweden	3,0	3,1	1,8	1,8	1,1	1,7	1,6	6,9	6,7	6,6
Polen	2,9	2,6	2,8	3,0	-0,9	0,8	1,3	6,1	5,7	5,5
Dänemark	1,8	1,0	1,5	1,7	0,2	1,2	1,3	6,2	6,0	5,8
Tschechien	1,1	2,4	2,5	3,0	0,5	1,5	1,7	4,0	3,5	3,2
Rumänien	1,1	4,7	4,0	4,0	-1,0	1,5	2,0	6,2	6,0	6,0
Ungarn	0,7	1,4	2,0	2,1	0,4	1,7	2,3	5,2	4,9	4,8
Bulgarien	0,3	3,0	3,2	3,1	-1,2	0,8	1,0	7,7	7,0	6,7
Kroatien	0,3	2,5	2,7	2,3	-0,6	0,9	1,0	13,3	12,0	11,3
Europäische Union	100,0	1,8	1,7	1,8	0,3	1,4	1,5	8,6	8,2	7,7
Nachrichtlich:										
Europäische Union 15	91,9	1,7	1,6	1,7	0,4	1,4	1,5	9,0	8,5	8,0
Beitrittsländer	8,1	2,7	2,9	3,0	0,0	0,2	0,2	6,8	6,2	5,9
Euroraum	71,2	1,7	1,7	1,7	0,2	1,2	1,4	10,1	9,5	8,8
Euroraum ohne Deutschland	50,5	1,6	1,6	1,6	0,2	1,2	1,4	12,2	11,4	10,7

Prozent. Gewicht: auf der Grundlage des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen und Wechselkursen von 2015. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). Arbeitslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept, Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2015. Beitrittsländer seit 2004.

Quelle: Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 8.4:
Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in ausgewählten Schwellenländern 2015–2018

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Indonesien	6,0	4,8	5,0	5,2	5,4	6,4	3,5	3,8	3,8
Thailand	2,3	2,8	3,3	3,5	4,0	-0,9	0,2	2,0	2,4
Malaysia	1,7	5,0	4,2	4,6	4,9	2,1	2,0	2,8	3,0
Philippinen	1,6	5,9	6,7	6,2	6,0	1,4	1,7	2,6	3,0
Insgesamt	11,6	4,6	4,8	4,9	5,1	3,6	2,4	3,2	3,3
China	41,0	6,9	6,6	6,4	5,9	1,4	1,9	2,0	2,3
Indien	16,8	7,3	7,1	6,8	7,2	4,9	5,3	5,5	5,5
Asien insgesamt	69,5	6,6	6,4	6,3	6,1	2,6	2,8	3,0	3,3
Brasilien	6,8	-3,8	-3,5	-0,4	1,6	9,0	8,8	5,1	4,9
Mexiko	4,7	2,6	2,0	2,5	2,8	2,4	2,9	3,1	3,0
Argentinien	2,1	2,5	-1,8	2,7	2,8	25,0	25,0	23,2	19,0
Kolumbien	1,4	3,1	1,7	1,9	2,7	5,0	7,5	4,0	3,7
Venezuela	1,1	-6,2	-10,0	-4,5	-3,0	121,7	475,8	–	–
Chile	0,9	2,3	1,7	2,1	2,7	4,3	3,8	2,9	2,8
Peru	0,8	3,3	4,1	4,0	3,7	3,5	3,6	2,9	2,7
Lateinamerika insgesamt	17,7	-0,3	-1,2	1,0	2,0	8,2	8,5	6,4	5,8
Russland	7,9	-3,7	-0,6	1,2	1,7	15,5	7,0	6,0	5,0
Türkei	3,4	4,0	1,6	1,2	4,7	7,7	8,5	8,1	7,3
Südafrika	1,5	1,3	0,5	1,2	1,8	4,6	6,4	6,0	5,5
Aufgeführte Länder	100,0	4,4	4,3	4,7	4,9	4,8	4,4	4,1	4,0

Prozent. Gewicht: gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 nach Kaufkraftparitäten. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Asien insgesamt, Lateinamerika insgesamt: aufgeführte Länder.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Statistiken; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Literatur

Cogan, J.F., T. Cwik, J.B. Taylor und V. Wieland (2009). New Keynesian versus Old Keynesian Government Spending Multipliers. NBER Working Paper 14782. National Bureau of Economic Research, Cambridge, Mass.

Deutsche Bundesbank (2016). *Monatsbericht*. November. Frankfurt am Main.

Europäische Zentralbank (2016). Determinants of the slowdown in global trade: what is the new normal? *ECB Economic Bulletin* 6/2016: 30–33.

Fessler, D. (2016). Can ANY Oil Company Make a Profit at Today's Prices? <http://www.investmentu.com/article/detail/50077/pain-of-cheap-crude-can-any-oil-company-make-profit#.WFJI3v7rttR>.

Gern, K.-J., und P. Hauber (2015). Zur Entwicklung der Unternehmensverschuldung in Schwellenländern. IfW-Box 2015.21 Via Internet (7.12.2016) <https://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/prognosezentrum/konjunkt/ifw-box/2015/box_2015-21_unternehmensverschuldung.pdf>.

Gern, K.-J., und P. Hauber (2016). Zur schwachen Entwicklung der Unternehmensinvestitionen in den Vereinigten Staaten. IfW-Box 2016.19. Via Internet (14.12.2016) <https://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/prognosezentrum/konjunkt/ifw-box/2016/box_2016-19_unternehmensinvestitionen_usa.pdf>.

Gern, K.-J., und U. Stolzenburg (2016). Italien am Scheideweg: Wachstumsschwäche erfordert weitere Reformen. Kiel Policy Brief 102. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (14.12.2016) <https://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/zentrum-wirtschaftspolitik/kiel-policy-brief/kpb-2016/kpb_102.pfd>.

Gern, K. J., N. Jannsen, S. Kooths und M. Plödt (2015). Weltkonjunktur zieht allmählich an. Kieler Konjunkturberichte Nr. 3. Via Internet (14.12.2016) <https://www.ifw-kiel.de/pub/kieler-konjunkturberichte/2015/konjunkturprognosen_welt_fruhjahr-2015.pdf>.

Gern, K. J., P., Hauber, N. Jannsen, S. Kooths, M. Plödt und M. Wolters (2016). Getrübte Aussichten für die Weltkonjunktur. Kieler Konjunkturberichte Nr. 15. Via Internet (14.12.2016) <https://www.ifw-kiel.de/pub/kieler-konjunkturberichte/2016/kkb_15_2016-q1_welt.pdf>.

International Energy Agency (2016). *Monthly Oil Market Report*. November. Paris.

Jannsen, N., und M. Plödt (2016). Zu den Ursachen der jüngsten Ölpreisentwicklungen. IfW-Box 2016.1. Via Internet (14.12.2016) <https://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/prognosezentrum/konjunkt/ifw-box/2016/box_2016-1_oelpreisentwicklungen.pdf>.

Jannsen, N., und M. Wolters (2016). Zu Produktionspotenzial und Produktionslücke in den Vereinigten Staaten. IfW-Box 2016.2. Via Internet (14.12.2016) <https://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/prognosezentrum/konjunkt/ifw-box/2016/box_2016-2_produktionspotenzial_us.pdf>.

Kooths, S. (2016). Punishing Britain with a tough Brexit will harm everyone. LSE Blog. Via Internet (14.12.2016) : <http://blogs.lse.ac.uk/businessreview/2016/10/15/punishing-britain-with-a-tough-brexit-will-harm-everyone/>.

Liu, W.-H. und R. Langhammer (2016). China's Growth Challenges. Kiel Policy Brief 101. Institut für Weltwirtschaft. Via Internet (7.12.2016) <https://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/zentrum-wirtschaftspolitik/kiel-policy-brief/kpb-2016/kpb_101.pdf>.

OECD (2016). *Economic Outlook 2016/2*. Paris.

Setser, B. (2016). Soybean-Adjusted U.S. Export Growth. Blog" Follow the Money". Council on Foreign Relations. Via Internet (6.12.2016) <http://blogs.cfr.org/setser/2016/10/07/soybean-adjusted-u-s-export-growth/>.